

Internationaler Gipfel der Alternativen vom 03. 06. – 04. 06. 2015 in München

Vom Mittwoch den 03. 06. bis Donnerstag den 04. 06. fand, im Vorfeld des G7-Gipfels der reichsten Länder der Welt, der sogenannte Gipfel der Alternativen statt. Die Initiatoren waren neben Bündnis90/Die Grünen, Die Linke, AbL und ver.di viele Non-Profit-Organisationen wie z.B. Misericordia, Brot für die Welt, Oxfam, Inkota, Welt-Hunger-Hilfe, Mission eine Welt, Bund Naturschutz etc. Was ich dort hörte, machte mich teilweise sehr betroffen. Die Quintessenz dessen, will ich in diesem Bericht zusammenfassen.

Der Gipfel begann mit einem flammenden Eröffnungsvortrag von Jayati Ghosh, einer Wirtschaftswissenschaftlerin aus Indien, die als Professorin an der Universität in Neu-Dehli und als Exekutivsekretärin der International Development Economics Associates (IDEAS) tätig ist. Sie befasst sich u.a. mit Globalisierung, internationalen Finanzen und den Beschäftigungsstrukturen in den Entwicklungsländern. Jayati Ghosh berichtete u. a. von dem auf Bali vereinbarten globalen Handelsabkommen, an dem 160 WTO-Mitgliedsstaaten beteiligt sind. Indien habe sich zunächst geweigert dem Abkommen zu zustimmen, da die Konsequenz sei, dass Indien keine Nahrungsmittel mehr subventionieren dürfe, womit es die Preise z.B. für Reis so niedrig gehalten habe, dass sich auch die Armen des Landes dieses Nahrungsmittel leisten konnten. Nachdem Indien dem Abkommen zugestimmt habe, sei das längerfristig verboten. Diese WTO-Verträge seien keinesfalls so seriös wie sie auf den ersten Blick scheinen sondern mindestens genauso schlimm wie viele andere globale Abkommen. Diese Abkommen hätten mit einer Partnerschaft nichts zu tun. Es gehe immer um die Bevorzugung von Investoren und fördere die Ungleichheit. Abkommen wie dieses, aber noch stärker TTIP und das Transpazifische Abkommen (TPP) zwischen USA und Japan, zementiere die Macht der großen Wirtschaftskonzerne in den USA und den anderen G7 Staaten.

In Indien seien mittlerweile die Flüsse verseucht, die Bodenqualität zerstört und die Luft in den Städten mit Smog verschmutzt. Die globale Finanzwelt weltweit sei mächtiger als je zuvor. Mit Hilfe von Staatsschulden würden Länder kontrolliert und unter Druck gesetzt. In Griechenland herrschten mittlerweile Zustände wie in den Entwicklungsländern.

Argentinien habe sich z.B. nach einem Schuldenschnitt erholt, nachdem es enorme Staatsschulden gehabt hätte. Sechs Finanzfonds hätten noch versucht die Schulden mit Hilfe amerikanischer Gerichte einzutreiben, was ihnen jedoch nicht gelungen sei. Darüber habe die Finanzpresse nicht berichtet. Man müsse unbedingt weg vom Focus auf das Bruttosozialprodukt und die reichen Wirtschaftskonzerne angemessen besteuern, dann könnten die Grundleistungen in allen elementaren Bereichen weltweit gewährleistet werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um die globalen Machtverhältnisse, Freihandelsregime und die Wiederkehr von Kriegen. Es diskutierten Jean Ziegler (ehem. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung), Conrad Schuler (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.), Sinan Birdal (Prof. an der Universität Istanbul /Türkei) sowie Liliana Uribe (Menschenrechtsanwältin, Kolumbien).

Darin wurde anhand der Situation Kolumbiens deutlich wie die Ungleichheit zwischen Arm und Reich und die Not der armen Bevölkerung Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg erzeugt und fördert, aber auch, dass Freihandelsabkommen in erster Linie den wirtschaftlichen Konzernen dienen und nicht halten, was sie versprechen. So habe das Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA die Situation der Kleinbauern in Kolumbien erheblich verschlechtert und der Ausbeutung durch die großen Agrarkonzerne Vorschub geleistet sowie der Abbau der Rohstoffe mit allen Mitteln. Kleinbauern würden z.T. mit Unterstützung des Militärs von ihrem Land vertrieben und

verbrecherische Soldaten würden nicht bestraft. Es entwickelte sich ein Strom von Binnenflüchtlingen.

Zwar gäbe es in den USA bereits Regelungen zum Handel mit Konfliktrohstoffen und auch in Europa würde entsprechendes diskutiert, jedoch fehlten angemessene Kontrollmechanismen, die die Umsetzung überwachten. Ohne diese Mechanismen habe die Idee keine Chance. Die Entwicklungs- und Schwellenländer seien an diesen Abkommen interessiert in der Hoffnung so mit den reichen weiterentwickelten Ländern mithalten zu können. Sie bieten ihre Rohstoffe und ihr Land an (die Regierungen erklären dann z.B. Land-Grabbing für rechtmäßig) und können trotzdem nicht mithalten. Stattdessen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen, die Umwelt wird massiv geschädigt und statt Bildung und Chancen für die Kleinbauern, verlieren diese ihr Land und hätten weniger Chancen als zuvor. Vergleichbare Probleme gäbe es auch in anderen Ländern wie z.B. dem Libanon. Sie fördern Konflikte, destabilisieren das Land und führen letztendlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und weiteren Flüchtlingsströmen.

Wo immer Konflikte auftreten wie z.B. auch im sog. arabischen Frühling, im Irak, in Afghanistan oder im Israel-Palästina-Konflikt etc. überall spielt die Machtpolitik der USA eine grundlegende Rolle. Auch beim G7 Gipfel in Elmau, beschrieb Konrad Schuler, gehe es darum dem Aufstieg der Schwellenländer wie z.B. der BRICS-Staaten Brasilien, Russland Indien, China, Südafrika und somit der Konkurrenz zum Machtgefüge der G7 Staaten und vor allem der USA entgegen zu wirken. Dieses Machtgefüge sei nichts anderes als die Supereinheit transnationaler Finanzkonzerne mit den großen Wirtschaftskonzernen, deren dominierende Eigentümer sie seien. Papst Franziskus habe in seinem Evangelium Gaudium u.a. geschrieben: „diese Wirtschaft tötet“. Mittlerweile wären 37 Staaten gescheitert. Sie zerfielen und könnten ihrer Zivilbevölkerung keinen Schutz vor Verbrechen gegen die Menschenrechte und gegen massive Ausbeutung gewähren. Alle aufstrebenden BRICS-Staaten seien gefährdet, jedoch kein einziger G7-Staat.

Besonders betroffen machte mich die Aussage Jean Zieglers, alle 5sec verhungere ein Kind und fast eine Milliarde Menschen weltweit sei durch Hunger krank und verkrüppelt. Jedes Kind das verhungert wird ermordet, denn mit minimalen Strukturreformen wäre es möglich, dass alle Menschen ihre existentiellen materiellen Bedürfnisse befriedigen könnten. Ein schrecklicher Mechanismus, so führte er aus, seien u.a. die Börsenspekulationen auf Grundnahrungsmittel, mit denen astronomische Profite für die Hedgefonds erzielt würden.

Dabei sei ein Beschluss in Heiligendamm der Kampf gegen den Hunger gewesen. Kein G7-Staat habe seitdem ein entsprechendes Gesetz revidiert.

Bei der Podiumsdiskussion am Donnerstagmorgen verdeutlichte Jayati Ghosh, dass sich in den G7-Staaten der weltweite Reichtum konzentriert, wobei zwei Promille der Menschheit über 45 % des gesamten globalen Geldvermögens verfügen, während 2,4 Milliarden Menschen mit 2 Dollar und weniger pro Tag auskommen müssen. Auch ein Viertel der EU-Bevölkerung sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, d.h. sie fallen unter die Armutsschwelle oder leiden unter erheblichen Entbehungen.

Die G7-Staaten sind für 70% der Klimaerwärmung verantwortlich und für die Überausbeutung der globalen Ressourcen. Hubert Weiger beschrieb das Wirtschaftsmodell der G7-Staaten als ein Modell, in dem Ökologie und Soziales immer mehr hinter der Ökonomie zurückstehen müssen. Genau dieses Modell soll auf die ganze Welt übertragen werden.

Auch im anschließenden Workshop wurde die Macht der Konzerne nochmal deutlich beschrieben. 10 Saatgutkonzerne dominieren 90 % des Marktes, wobei diese Machtkonzentration im gesamten Lebensmittelbereich beobachtbar ist wie z.B. auch bei den Lebensmittelketten. Die Freihandelsabkommen sind nichts anderes als Investitionsabkommen, die den großen Konzernen

Zugang zu den Märkten, den Ressourcen und zu Land der Entwicklungs- und Schwellenländer verschaffen. Konzerne laden Regierungen von Entwicklungsländern, gerade auch vom Hunger bedrohter Länder, zur Konzeptentwicklung ein. Das Ziel sind jedoch Programme, die den Konzernen die Investitionsmöglichkeiten erleichtern. Außerdem werden die Gelder für Entwicklungshilfe zunehmend in Banken und internationale Agrarfonds investiert, die wiederum die dominierenden Eigentümer der großen Konzerne sind. Das Einkommen der großen Konzerne, die in Ländern wie z.B. im Senegal, Malawi und Tansania investieren, ist 3x so groß wie das gesamte Jahreseinkommen von Tansania.

Wichtig wären dagegen in den Entwicklungsländern umfassende Agrarreformen, die den Kleibauern das Überleben sichern, indem sie sie unabhängig machen von den großen Agrarkonzernen und für Bildung und gerechtere Arbeitsbedingungen sorgen. Anscheinend gibt es dafür z.B. in Burkina Faso erste Ansätze und auch in Äthiopien und Mozambik setzen sich Organisationen für entsprechende Projekte und Reformen ein.

Wie die AbL-Vorsitzende Gertraud Gafus berichtete kann auch in Deutschland nicht ohne weiteres Saatgut zum Nachbau wieder aufbereitet werden. Dafür muss eine Nachbaugebühr an die Saatguttorehand GmbH gezahlt werden. Außerdem kaufen auch bei uns Agrarkonzerne Land auf, was oft nicht auffällt, weil es vom ehem. Besitzer zurückgepachtet wird. Die AbL setzt sich u.a. dafür ein, dass es wieder ein Recht auf Nachbau gibt.

Bei all dem, was dringend verändert werden muss, damit unsere Welt wieder lebenswert für alle wird, gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass dies möglich sein wird, wenn immer mehr Menschen von den Zusammenhängen erfahren und sich damit auseinandersetzen.

Ulrike Taukert